



Amtsgericht Jülich

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 14.03.2024, 09:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 1.09, Wilhelmstr. 15, 52428 Jülich**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Körrenzig, Blatt 1004,

I. BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Körrenzig, Flur 7, Flurstück 145, Gebäude- und Freifläche, Lövenicher Straße 9, Größe: 132 m²

II. BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Körrenzig, Flur 7, Flurstück 146, Gebäude- und Freifläche, Lövenicher Straße 9, Größe: 13 m²

versteigert werden.

Einfamilienhaus (Vorderhaus und Anbau sowie Hinterhaus) in Linnich-Körrenzig, Lövenicher Straße 9. Die Immobilie befindet sich in einem weitgehend schlechten Zustand. Nach Mitteilung des Sachverständigen ist derzeit eine Bewohnbarkeit nicht gegeben (substanzieller Unterhaltungsstau sowie Bau- und Feuchtigkeitsschäden und punktuell Schädlingsbefall erkennbar).

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 10.07.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

60.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Körrenzig Blatt 1004, lfd. Nr. 1 57.500,00 €
- Gemarkung Körrenzig Blatt 1004, lfd. Nr. 2 2.500,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.